

Der Gerechtigkeitsfrucht wird Friede sein.



Inhalt

4 Frieden wächst von innen
Frieden und zivile Konfliktbearbeitung

16 Evangelischer Entwicklungsdienst
Gremien und Partner

20 Statistik
Woher die Mittel kamen • Wohin die Mittel flossen



Die Abbildungen auf dem Titel, auf dieser Seite sowie auf den Seiten 12/13 zeigen das Motiv „Namenlose Opfer – Zahlen in der Statistik“. Es ist Teil der Installation „Die Wunden der Erinnerung“ von Kofi Setordji, der zu den herausragenden Künstlern Afrikas zählt. Die Skulptur „Justitia“ auf Seite 2 wurde ebenfalls von Kofi Setordji geschaffen.

Herausgeber: Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED)
Ulrich-von-Hassell-Straße 76, 53123 Bonn
Telefon (02 28) 81 01-0, Fax (02 28) 81 01-160
eed@eed.de, www.eed.de

Redaktion: Ilonka Boltze, Angela Dencker, Wolfgang Heinrich,
Rudolf Heinrichs-Drinhaus, Tim Kuschnerus, Wolfgang Kaiser,
Hans Spitzneck (verantwortlich)

Realisierung: Ilse Preiss, Medienbüro PROFIL
Grafisches Konzept: Media Company GmbH, Bonn
Satz und Layout: Büro für Gestaltung, Stuttgart
Druck: J. F. Steinkopf Druck GmbH, Stuttgart

Bildnachweis: Annette Braun (Titel, S. 2, 12, 13), EED (S. 1),
Heinz Berger (S. 4, 8), epd-bild / Erich Mehrl (S. 6), privat (S. 9,
11 unten), Ilse Preiss (S. 10), EZEF (S. 11 oben), KNA (S. 14)

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Arbeitsbericht im vierten Jahr nach der Gründung des EED steht unter dem biblischen Leitwort „Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein“. Wir widmen uns dem Thema Frieden und zivile Konfliktbearbeitung in einer Zeit, da Strategien zur gewaltfreien Lösung von Konflikten in der internationalen Debatte wenig Konjunktur haben.

In etwa einem Drittel der Länder, in denen der EED durch die von ihm geförderten Programme tätig ist, gibt es blutige regionale Konflikte, Bürgerkriege oder zwischenstaatliche Kriege. Häufig spielen wirtschaftliche Interessen an Rohstoffen dabei eine zentrale Rolle. Die Folgen trägt die Zivilbevölkerung. Zurück bleiben verletzte, traumatisierte und vertriebene Menschen, die um ihre Zukunftsperspektiven gebracht sind. Kriege verletzen nicht nur die Würde jedes Einzelnen, sie zerstören die Grundlagen des Zusammenlebens. Der EED will mit seiner Arbeit beitragen zur Minderung von Armut, Hunger und Not und zum Aufbau gerechter Gesellschaften. Kriege bewirken meist das Gegenteil.

Deshalb gehört es zu den Aufgaben des EED, mit seinen Programmen zur gewaltfreien Lösung von Konflikten beizutragen. Dies ist angesichts der Herrschaftsstrukturen in vielen Ländern der Welt und auch mit Blick auf die globalen Machtverhältnisse ein nicht einfacher Weg. Er verlangt gute Konzepte, neue Ideen und viel Ausdauer. Es gibt Rückschläge, aber auch Erfolge.

Beispiele dieses Engagements beschreiben wir in diesem Bericht – etwa die Freundschaftskampagne im indischen Bundesstaat Gujarat, bei der sich Hindus, Muslime, Christen und Sikhs gemeinsam um Versöhnung bemühen. Oder die Friedensgemeinden in Kolumbien, bei denen der EED Menschen unterstützt, die sich gegenseitig helfen, dem Druck und den Versprechungen der Kriegsparteien zu widerstehen. Oder das Projekt am Horn von Afrika,



wo einheimische Forscher gemeinsam mit der Bevölkerung und Clan-Oberhäuptern den Gründen von Konflikten nachspüren.

Bei unserer Arbeit lassen wir uns von der Überzeugung leiten, dass es nicht in erster Linie um die Folgen von Kriegen, sondern vor allem um die Bekämpfung ihrer Ursachen geht. Der EED versteht Entwicklung als einen Prozess der Befreiung von Hunger, Armut und von der Abhängigkeit von ungerechten Strukturen. In diesem Prozess können Konflikte entstehen, manchmal sind sie sogar unvermeidlich. Die Beteiligten müssen die Möglichkeit haben, diese Konflikte auch auszutragen – jedoch ohne Gewalt.

Jedes Entwicklungsprojekt, in dem das gelingt, ist deshalb immer auch ein Projekt gegen den Krieg. Angesichts der Realität in der Welt ist es klar, dass dieser Weg zur Überwindung der Ursachen von Kriegen, der Weg des Friedens, mühsam ist. Für den EED ist ein solcher Weg verbunden mit der Hoffnung auf eine von Gott getragene, gerechte Welt.

Konrad v. Bonin

Dr. Konrad von Bonin
Vorstandsvorsitzender



Der
Gerechtigkeit
Frucht
wird
Friede sein.

Jesaja 32, 17

Frieden wächst von innen

Frieden und zivile Konfliktbearbeitung

Der Evangelische Entwicklungsdienst und seine Partner in aller Welt setzen sich für Frieden und Gerechtigkeit ein. Gemeinsame Überzeugung: Gewalt muss bei der Lösung von Konflikten vermieden werden, wenn konstruktive und zukunftsgerichtete Ergebnisse erreicht werden sollen.

Die Erwartung, dass mit dem Ende des Ost-West-Konflikts auch die kriegerischen Auseinandersetzungen schwinden, hat sich nicht erfüllt. Allein die bewaffneten Auseinandersetzungen der letzten zehn Jahre forderten nach vorsichtigen Schätzungen mehr als 6,7 Millionen Tote und noch mehr Verwundete. Immer mehr Zivilpersonen kommen ums Leben. Opfer von Gewaltkonflikten sind auch die über 60 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene weltweit.

Herausforderung durch „neue Kriege“
Brennpunkte der Gewalt sind in Afrika der Kongo, Westafrika und das Horn von Afrika, der Nahe Osten, in Asien unter anderem Indonesien und die Philippinen, in Lateinamerika Kolumbien, Mexiko und Guatemala. Während die Zahl zwischenstaatlicher Kriege abnimmt, werden Gesellschaften durch innere Konflikte zerrissen. Und noch so ferne Kriege sind direkt und indirekt mit dem wirtschaftlichen und politischen Handeln anderer Länder verknüpft. Ein entscheidender Faktor dafür, dass gesellschaftliche Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, liegt in der Aushöhlung staatlicher Autorität. Staaten zerfallen nicht, sie werden zerstört. Die „neuen Kriege“ werden vor allem

mit Kleinwaffen ausgetragen, die weltweit in Umlauf sind. Vielfach ist der Krieg, nicht der erhoffte Sieg mit wirtschaftlichen Vorteilen für die Kriegsherren verbunden.

Keine einfache Situation für Kirchen und Nichtregierungsorganisationen: Sie nutzen ihre Möglichkeiten, das gewaltsame Austragen von Konflikten zu verhindern und zu ihrer Beendigung beizutragen. Niemand kann Frieden für andere machen. Frieden muss von innen wachsen, aus der jeweiligen Gesellschaft heraus. In Konfliktregionen arbeiten die Partner des EED deshalb vor allem mit Gruppen zusammen, die nicht aktiv in den Krieg einbezogen sind.

Sicherheit kann nicht allein militärisch erreicht werden. Sie ist angewiesen auf eine gerechte Verteilung der Lebenschancen, auf die Einhaltung der Menschenrechte, die Stärkung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen und den Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens. Das heißt: Kurzfristig erforderliches Krisenmanagement muss mit Anstrengungen verbunden werden, die darauf gerichtet sind, die Ursachen der Gewalt zu überwinden. Komponenten einer verlässlichen Friedensstruktur sind Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, ökonomischer Ausgleich, eine wirksame An-

Demokratische Wahlen in Sierra Leone nach rund zehn Jahren Krieg

Gewählt wurde „in einer friedlichen und offenen Atmosphäre und in einer gesunden Konkurrenz politischer Parteien“, berichtete das dreiköpfige Team, das der EED auf Bitten des Kirchenrats von Sierra Leone vermittelte. Insgesamt waren 207 internationale Wahlbeobachter im Land, als am 14. Mai 2002 rund 2,3 Millionen Wahlberechtigte über die Zusammensetzung des Parlaments entschieden und Präsident Ahmed Tejan Kabbah im Amt legitimierten.



wendung des Völkerrechts als Schutz vor Willkür und Gewalt sowie eine Kultur des respektvollen Umgangs mit Minderheiten und Menschen anderer ethnischer Herkunft. Diese vier Komponenten beziehen sich sowohl auf die Verhältnisse innerhalb einer Gesellschaft als auch auf die Beziehungen zwischen Staaten.

Sicherheit und Gerechtigkeit sind unteilbar

Der EED fördert sowohl Aktivitäten, deren unmittelbarer Gegenstand zivile Konfliktbearbeitung oder Konfliktnachsorge ist, als auch Aktivitäten, die indirekt für eine Krisenprävention oder Konfliktnachsorge bedeutsam sind. Der EED und seine Partner überprüfen kontinuierlich, inwieweit ihr Handeln gewaltminimierend oder gewaltverschärfend wirkt. Denn zunehmend beziehen kriegsführende Parteien Entwicklungshilfe in ihr militärisches Kalkül ein. Das Konzept einer konfliktsensitiven Projektplanung umfasst Instrumente zur Einschätzung der Wirkungen, die Maßnahmen der

Entwicklungszusammenarbeit auf Auseinandersetzungen im Projektland haben. Ziel ist es, friedensfähige und friedensbereite Akteure vor Ort besonders zu fördern.

Im Dialog mit der Wirtschaft greift der EED Fragen auf, die sich aus der Verbindung lokaler Kriegsökonomien mit dem Weltmarkt ergeben. Dazu leistet der EED eine umfangreiche Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Die EED-Arbeitsstelle für Frieden und Konfliktbearbeitung bindet sich in ihrem Handeln stark ein in den entwicklungspolitischen Dialog hierzulande: Viele Konflikte in Ländern des Südens oder Ostens hängen eng zusammen mit politischen Entscheidungen bei uns im Norden. Nach innen wie nach außen setzt die EED-Arbeitsstelle intensiv auf Netzwerkarbeit. Über Ländergrenzen hinweg knüpft sie Verbindungen zwischen Partnern, die sich mit ähnlichen Problemstellungen befassen und fördert den Austausch von Erfahrungen und Wissen bei der Erarbeitung von Konfliktlösungen.



Nicht alles Gute passt nahtlos zusammen

Prof. Dr. Lothar Brock (Uni Frankfurt/Main) ist Forschungsgruppenleiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Vorsitzender der EKD-Kammer für Entwicklung und Umwelt.

Herr Brock, Sie plädieren für die „Einhegung“ von Gewalt bei der Austragung von Konflikten. Was heißt das?

Grundsätzlich: Konflikte lassen sich nicht vermeiden. Wer etwa weltweit die Menschenrechte durchsetzen will, löst viele Konflikte aus. Aber Konflikte können gewaltfrei oder zumindest gewaltarm ausgetragen werden. Dazu ist es wichtig, klar zwischen Interessens- und Wertkonflikten zu unterscheiden. Divergierende Interessen-

lagen können ausgeglichen werden, andere Wertvorstellungen dagegen kann man nur respektieren, soweit sie nicht selbst dem Anderen jeglichen Respekt verweigern. Häufig werden bestimmte Interessen, in der Regel wirtschaftlicher oder machtpolitischer Art, bewusst zu Wertkonflikten, etwa religiöser Art, umfunktioniert.

Friedens-, Menschenrechts- und Entwicklungsarbeit können also kollidieren?

Sie dürfen zumindest nicht als identisch definiert werden. Es kann starke symbiotische Effekte geben, aber es kann auch zu Widersprüchen kommen. Wo beispielsweise Ressourcen erschlossen werden, kann dies entwicklungsdienlich sein, aber auch Anlass für mörderische Auseinandersetzungen bieten, wie wir sie zur Zeit im östlichen Kongo erleben. Klar ist allerdings auch: Die Zivilisierung des Konflikt-

verhaltens hängt eng zusammen mit der Überwindung von Not und Elend, die von Gewaltunternehmern für ihre Zwecke genutzt werden können.

Entwicklungsarbeit kommt aber um Konfliktmanagement nicht herum?

Das ist eine bittere Erkenntnis für die Entwicklungsdienste. Lange haben sie sich ausschließlich um die Ursachen von Unterentwicklung gekümmert. Jetzt erkennen sie, dass ihrer Arbeit kein Erfolg beschieden sein kann, wenn sie sich nicht auch in der Krisenbewältigung engagieren, etwa Friedensallianzen bilden oder Deeskalation betreiben. Dabei kann gerade der kirchliche Entwicklungsdienst seine große Stärke ausspielen: die Nähe zu den Menschen in Partnerorganisationen.

Die ökonomische Dimension von Konflikten erkennen

Der Kampf um Rohstoffe ist bittere Realität in vielen Ländern. Denn Kriege oder bewaffnete Auseinandersetzungen und der häufig damit verbundene Zustand eines rechtsfreien Raums eröffnen den Akteuren erhebliche wirtschaftliche Vorteile: Sie können sich die Kontrolle über Bodenschätze und Rohstoffe aneignen – und über die Menschen, die davon leben. Meist dienen ethnische und religiöse Unterschiede als Vorwand für die brutale und hoch profitable Ausbeutung der Ressourcen zur Finanzierung der Konfliktparteien.

Bekannt ist das Beispiel der „Kriegs-Diamanten“, mit denen die Bürgerkriege in Sierra Leone und Angola finanziert wurden, weniger bekannt ist das Beispiel Coltan. Der teure Rohstoff, begehrt in der Satelliten- und Kommunikationstechnik, wird unter anderem im Ostkongo abgebaut, wo sich mehrere Staaten, Rebellengruppen, lokale Machthaber und internationale Unternehmen um Schürfrechte und Zwischenhandel streiten. Die verheerenden Folgen für Bevölkerung, Umwelt und die landwirtschaftliche Produktion in der Region zeigte der lokale EED-Partner POLE-Institut in einer viel beachteten Studie auf. Eindringlich forderte das Institut alle Beteiligten auf, die reichen Erlöse aus dem Coltanabbau für die wirtschaftliche Zukunft der Menschen im Ostkongo einzusetzen.

Gegen eine ähnlich negative Entwicklung wendet sich die von vielen Organisationen in Afrika und Deutschland getragene Arbeitsgruppe „Erdölprojekt Tschad-Kamerun“ ein, die eine Inlandsförderung des EED erhält. Sie unterstützt die lokale Bevölkerung bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und macht mit einer öffentlichen Kampagne in Deutschland auf die besonderen sozialen und ökologischen Probleme aufmerksam, die mit der Erdölförderung in der betroffenen Region verbunden sind. Sie fordert ein menschenrechtskonformes Verhalten von allen Beteiligten, Unternehmen wie Regierungen und internationalen Organisationen.

Finanziert werden über die „Gewaltökonomie“ vor allem Waffen. Eine besondere Rolle spielen dabei Kleinwaffen, die in allen Krisenregionen in großer Zahl zu finden sind. Entwaffnungsaktionen sind nicht die alleinige Lösung. Ein Projekt, das der EED am Horn

von Afrika fördert, setzt tiefer an: Einheimische Forscher spüren gemeinsam mit der Bevölkerung den Gründen des Konflikts nach. Sie bringen den Austausch zwischen Machthabern und zivilgesellschaftlichen Initiativen in Gang. Und sie sensibilisieren die Clan-Oberhäupter.

Rüstungsexporte kontrollieren

In Deutschland engagiert sich der EED in der Fachgruppe „Rüstungsexporte“ der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE). Im Dezember 2002 stellte die GKKE in Berlin bereits ihren sechsten Rüstungsexportbericht vor. Auch wenn der Gesamtwert der bundesdeutschen Rüstungsexporte rückläufig ist, bleibt Deutschland weiterhin der fünftgrößte Waffenexporteur der Welt. Die Kirchen fordern, dass über Rüstungsexporte nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen und bündnispolitischen, sondern auch unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten entschieden wird und dass die Genehmigung von Rüstungsexporten restriktiv gehandhabt wird.

Zudem fördert der EED friedenspolitische Initiativen und Gruppen, die zu diesem Thema arbeiten. So erhielt die bundesweit aktive Kampagne „Für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“ Unterstützung für die viel beachtete Ausstellung „Kleine Waffen – große Wirkung“, die in verschiedenen Städten zu sehen ist. Mit der Förderung der inländischen Bildungsarbeit zu Rüstungsexportgeschäften und den Auswirkungen des Kleinwaffenhandels soll in den Kirchen und in der deutschen Bevölkerung Verständnis für die entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge geschaffen werden.

Friedensbemühungen fördern

Gezielt unterstützt der EED in Konfliktregionen Partner, die sich in der Entwicklungs- und Friedensarbeit engagieren. Bürgerbeteiligung, Demokratieerziehung, Verwirklichung der Bürger- und Menschenrechte, Stärkung der Zivilgesellschaft: Das sind maßgebliche Ziele mehrerer Projekte in Kolumbien, die der EED finanziell fördert. Im bevölkerungsreichsten Andenstaat leben die Menschen seit Jahrzehnten in Angst und Schrecken. Denn Militär, Guerrillaorganisationen, rechtsradikale Todesschwadronen, Drogenmafia und gewöhnliche Kriminelle schufen einen „Sumpf der Gewalt“, der die Entwicklung des Landes lähmt.

Wahlbeobachtung

Demokratische Wahlen sind ein elementarer Schritt beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen. Seit Mitte der 1990er-Jahre fördern der EED und seine Vorläuferorganisationen Wahlbeobachtungen. 2002 vermittelte der EED Teams nach Sierra Leone und Kenia. Dass die Anwesenheit internationaler Beobachter die Eskalation von Gewalt verhindern kann, zeigen Beispiele aus Regionen, in denen Menschen gegen den Willen der Machthaber ihre Rechte einfordern.

Ökumenische Solidarität

Neue Wege geht der EED im Rahmen des Ökumenischen Friedensdienstes für Palästina und Israel. Der Ökumenische Rat der Kirchen versteht dieses Programm als Beitrag zur „Dekade zur Überwindung von Gewalt“; auf seine Bitte hin fanden sich in Deutschland mehrere Organisationen zu einem Steuerungskreis zusammen und tragen diesen Dienst. Der EED übernahm die Vermittlung und Betreuung der Kurzzeit-Fachkräfte. Im Herbst 2002 reisten erstmals fünf deutsche ökumenische Begleiterinnen und



Unerwartet friedlicher Machtwechsel in Kenia

Die Wahlen am 26. Dezember 2002 brachten Kenia den lang erhofften politischen Wandel. Die seit der Unabhängigkeit 1963 regierende KANU-Partei musste in die Opposition. Wider Erwarten fügte sich die KANU dem Votum und übergab die Macht an den neuen Präsidenten Emilio Mwai Kibaki. Der EED vermittelte drei Fachkräfte, die den Nationalen Christenrat Kenias bei der Wahlbeobachtung unterstützten. Der Nationale Christenrat bildete dazu rund 19.000 multi-ethnische Teams aus, die den Urnengang in den Wahllokalen vor Ort beobachteten. In diesen Teams – unser Bild zeigt eines von ihnen – arbeiteten kenianische Christen evangelischer und katholischer Konfession, Hindus und Moslems eng zusammen.

Ziviler Friedensdienst

Engagierte und kompetente Fachkräfte dorthin zu entsenden, wo Krieg oder Konflikt, Bedrohung oder Unsicherheit den Alltag der Menschen bestimmen, ist die Hauptaufgabe des Zivilen Friedensdienstes (ZFD). Obgleich noch ein junges Gemeinschaftswerk von Nichtregierungsorganisationen, die sich zum Konsortium ZFD zusammenschlossen, und dem BMZ, gilt die Arbeit des Zivilen Friedensdienstes schon jetzt als Erfolg.

Im Auftrag des BMZ wurde die Aufbauphase von unabhängigen Gutachterinnen und Gutachtern aus Deutschland und den Projektländern evaluiert. An dieser Evaluierung waren die Mitglieder des Konsortiums Ziviler Friedensdienst, die Partner vor Ort und die Fachkräfte beteiligt. Im EED koordinierte diese Arbeit das Referat Programmqualifizierung.

Als Ergebnis wurde festgestellt, „dass mit dem Zivilen Friedensdienst ein neues Element für die Friedensförderung und die zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich aufgebaut und gestaltet werden konnte“. Bewährt hat sich in den Augen der Gutachterinnen und Gutachter der – vom EED praktizierte – Grundsatz der Partnerorientierung.

Eine positive Beurteilung erfuhren die Verfahren für die Auswahl der Fachkräfte und deren Vorbereitung auf den Friedensdienst im Rahmen der Entwicklungsarbeit. Um der noch größeren Wirksamkeit des Zivilen Friedensdienstes willen, werden im Gutachten eine genauere Wirkungsbeobachtung, eine Beschleunigung des Antragsverfahrens und eine deutliche Steigerung der vom BMZ bereitgestellten Mittel empfohlen.

Begleiter aus. Sie wurden verschiedenen palästinensischen Gastgeberorganisationen zugeordnet und leisteten jeweils drei bis fünf Monate lang engagierte Friedensarbeit. Regelmäßige Berichte über ihre Erfahrungen vor Ort, die von den Mitgliedsorganisationen veröffentlicht wurden, ergänzten ihren Einsatz. Seit ihrer Rückkehr im Februar 2003 betreibt die Gruppe vor allem Öffentlichkeitsarbeit: Sie berichtet in Medien, Kirchengemeinden und Schulen über ihre Erlebnisse und den von Besatzung und Gewalt geprägten Alltag in Israel und Palästina.

Friedensarbeit auf Mindanao

Mindanao, im Süden der Philippinen gelegen, ist die zweitgrößte Insel des Landes. Ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung hängt stark davon ab, ob der ethnisch-religiöse Konflikt zwischen muslimischen Moros, den Minderheiten der Lumad und der christlichen Mehrheit gelöst werden kann. Starker bewaffneter Widerstand der Moros und eine Militarisierung des Lebens destabilisieren die gesamte Gesellschaft der Insel.

Die Auseinandersetzungen machen sich fest am Zugang zu Land. Moros und ethnische Minderheiten wurden von christlichen Bevölkerungsgruppen verdrängt, die zum großen Teil aus anderen Landesteilen zuwanderten. Politisch verhärteten sich in den letzten Jahren die Fronten zwischen den Moros einerseits und der philippinischen Regierung, dem Militär und den christlichen Siedlern andererseits. Erst seit kurzem werden die Lumads und ihre Interessen in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Dies ist auch der Unterstützung durch christliche Aktionsgruppen zu verdanken. Sie organisieren regelmäßige Gespräche – zum Teil im Radio und Lokalfernsehen – zwischen Christen, Muslimen und Angehörigen der ethnischen Minderheiten, um das gegenseitige Verständnis und das friedliche Zusammenleben zu fördern.



Zurück in der Heimat

Die Ethnologin Dr. Edvilla Talaroc untersucht am Institut zur Erforschung der Kultur Mindanaos die Wert- und Glaubensvorstellungen ethnischer Minderheiten – und die Frage, wie sich Entwicklungsprozesse auf ihr

soziokulturelles Umfeld auswirken. Die Forschungsergebnisse fördern den Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen auf Mindanao. Die gebürtige Filipina studierte zunächst in Cebu City und wechselte dann, wie viele junge Menschen aus Entwicklungsländern, nach Europa. Der EED half ihr, bei der Rückkehr in die Heimat einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Mit dem Reintegrationsprogramm unterstützt der EED Fachkräfte aus Ländern des Südens, die – wie Edvilla Talaroc – in Deutschland ausgebildet wurden oder hier Berufserfahrungen sammelten und in ihr Heimatland zurückkehren.

Ein Mosaiksteinchen für den Frieden

Frau Ziskoven, wie sieht Ihre Arbeit aus?

Mein Arbeitsschwerpunkt als Psychologin ist unter anderem die Schulung und Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen der Familienberatungsstelle in Bethlehem. Die Leiterin, Viveca Hazboun, ist die einzige Kinderpsychiaterin in der gesamten Westbank. Ich arbeite mit den Sozialarbeiterinnen mehrerer Schulen und gebe Supervision in verschiedenen psychosozialen Diensten. Kinder und Jugendliche zahlen den höchsten Preis für die Situation hier – übrigens auf palästinensischer wie auf israelischer Seite. Viele zeigen Verhaltensauffälligkeiten. Sie haben Alpträume, Unruhezustände, Angstanfälle. Einige sind sehr aggressiv, andere eher depressiv und ziehen sich von



allem zurück. Wir bemühen uns, Hilfen zur Verarbeitung der traumatischen Ereignisse zu geben und damit Hass und Gewalt abzumildern. Das ist ein kleines Mosaiksteinchen für den Frieden.

Wie leben die Menschen in Bethlehem?

Unter dauernder Bedrohung, Ausgangssperren, Invasionen, Bombardierungen, Armut – das ist chronischer Stress. Die Kinder haben keine Kindheit. Sie wachsen auf mit Gewalt und Hass. Auffallend ist, dass weder Palästinenser noch Israelis viel über das Leben und Leiden der jeweils anderen Seite wissen.

Glauben Sie, die beiden feindlichen Lager werden sich jemals versöhnen?

Manchmal zweifle ich, ob wirklich Friedensbereitschaft wachsen kann. Die Angst vor gegenseitiger Vernichtung ist auf beiden Seiten groß. Die Fronten sind verhärtet, der zwischenmenschliche und der politische Dialog werden verhindert. Es ist notwendig, sich für die Bereitschaft zur Verständigung an der Basis einzusetzen. Zur Zeit ist dies zwar nur mittelbar möglich. Aber wer mehr voneinander weiß und sich kennt, bringt sich nicht gegenseitig um.

Manuela Ziskoven arbeitet in Bethlehem in einer Beratungsstelle für traumatisierte Kinder und Jugendliche.

Schritte zur Traumabewältigung

Er ist oft weit und immer steinig, der Weg der Aussöhnung nach einem Konflikt. Der offizielle Friedensschluss zwischen den Konfliktparteien ist ein erster Schritt, dem viele weitere folgen müssen, von der persönlichen Bewältigung der Krise über den volkswirtschaftlichen Wiederaufbau bis zur Entwicklung einer neuen Gesellschaft. Werden belastende, traumatische Erlebnisse in Konflikten nicht hinreichend aufgearbeitet, erschwert dies den Umgang mit Problemen der Gegenwart und die Kultur der Gewalt setzt sich fort.

In Mexiko bildet die Diplompsychologin Felicitas Treue in fünf Bundesstaaten lokale Teams in der Behandlung von Folteropfern aus. Die Teams von ACAT, der Christlichen Aktion für die Abschaffung der Folter, tragen mit der Dokumentation der Folter-Fälle zu deren gesellschaftspolitischer Aufarbeitung bei. Die Organisation macht zudem die wachsende Zahl von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko publik.

Landminen beseitigen

Besonders problematische Hinterlassenschaften von (Bürger-)Kriegen sind Minen. Seit Inkraft-Treten der Anti-Minen-Konvention am 1. März 1999 wurden fast 30 Millionen Landminen in 55 Staaten zerstört – ein großer Erfolg für das Abkommen, bei dem sich zunächst nur 45 Unterzeichnerstaaten verpflichtet hatten, ihre Bestände bis zum 1. März 2003 zu vernichten. Ziel der Konvention ist die weltweite Ächtung von Anti-Personen-Minen. Das Abkommen verbietet den Mitgliedsstaaten Produktion, Lagerung und Einsatz dieser Minen. Bisher sind dem Abkommen 131 Staaten beigetreten. Die internationale Anti-Landminen-Kampagne schätzt, dass weltweit noch rund 230 Millionen Anti-Personen-Minen lagern, vor allem in Russland, China und den USA, die dem Vertrag noch nicht beigetreten sind.

In ehemaligen Konfliktregionen fördert der EED Minenräumungen, die im Zusammenhang mit Entwicklungsprogrammen von Partnerorganisationen stehen. In der kambodschanischen Provinz Kompong Thom etwa werden Stück für Stück Felder, Wege, Brücken, Brunnen



„Ich habe getötet“

Ehemalige Kindersoldaten aus Liberia schildern ihr Überleben im Krieg. Wie verarbeiten sie die Grausamkeiten, die ihnen widerfahren? Der Film „Ich habe getötet“ kann in den Evangelischen Medienzentralen für die Bildungsarbeit in Schulen und Gemeinden ausgeliehen werden.

und Schulen entmint, damit die landwirtschaftliche Produktion wieder aufgenommen werden kann: So können die Bauern ihre Ernährung wieder aus eigener Kraft sichern.

Dialog baut Misstrauen ab

Ein beeindruckendes Beispiel für Versöhnungsarbeit liefert das Friedensteam „Maitri Abhayan“ im indischen Gujarat, Teil des indienweiten Netzwerks „Swaraj“. Der Bundesstaat Gujarat kam zu trauriger Berühmtheit durch den Pogrom gegen Muslime, bei dem rund 2.000 Menschen starben. Viele der mehr als 100.000 Vertriebenen leben aus Angst vor weiterer Verfolgung bis heute in Flüchtlingslagern. Denn in ganz Indien nimmt die Diskriminierung von Minderheiten wie Muslimen, Christen oder Sikhs zu; einige Hindu-Organisationen versuchen die Religionszugehörigkeit zu einem politischen Instrument zu machen. Dialog kann dazu beitragen, Hass und Misstrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu überwinden.

„Swaraj“, 1996 gegründet, umfasst bereits mehr als 230 Initiativen in sieben Bundesstaaten. Das Friedensteam von Gujarat betreute nicht nur die Opfer des Pogroms, sondern organisierte mehrere Freundschaftskampagnen. So veranstaltete es eine Blutspende-Aktion

unter dem Motto „Blut hat keine Kastenfarbe“ und richtete einen Rundgang zu historischen Plätzen ein, die den verschiedenen Religionsgruppen wichtig sind. Beträchtliche landesweite Wirkung erzielte „Swaraj“ mit einem zweitägigen nationalen Symposium zur Förderung eines säkularen Staates.

Christoph Veith Friedensfachkraft in Kroatien

Zwischen den Volksgruppen im Osten Kroatiens herrschen bis heute starke Spannungen. Das „Zentrum für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte“ in Osijek entwickelt auf ebenso fantasievolle wie nachhaltige Weise eine Kultur der Gewaltfreiheit.

Es wird dabei unterstützt von Christoph Veith, den der EED als Friedensfachkraft vermittelte. Die Aufgaben des Geografen, Kunsthistorikers und Pädagogen mit Zusatzqualifikation in Erwachsenenbildung: Betreuung freiwilliger Helfer aus aller Welt, Vernetzung mit regionalen und internationalen Friedensorganisationen, Öffentlichkeitsarbeit. Das Ziel: ein international orientiertes Zentrum der Friedensarbeit.



Die Wunden der Erinnerung

„Was hätten Sie getan?“ fragt Kofi Setordjis multimediale Installation zum Gedenken an den Völkermord in Ruanda 1994, wo binnen hundert Tagen fast eine Million Menschen in einer Welle von Hass und Gewalt getötet, die Blauhelm-Truppen aber abgezogen wurden. Die Erinnerung an das Grauen nicht zu verdrängen ist Grundlage für ein neues Ruanda.

Das traumatisierte Land sucht inneren Frieden. Die Regierung fördert die Aufarbeitung des Genozids. Die große Mehrheit der Ruander will eine solche Tragödie nicht wieder zulassen. Zahlreiche Bürgerinitiativen überwinden das Schweigen und fördern die Kommunikation zwischen Opfern und Tätern.

Die Ausstellung „Die Wunden der Erinnerung“ wurde vom EED beim Ökumenischen Kirchentag vom 28. Mai bis 1. Juni 2003 in Berlin präsentiert. Sie wird vom 26. August bis 26. September 2003 beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf und im April 2004 in der ruandischen Hauptstadt Kigali zu sehen sein, wenn das Land zum zehnten Mal des Völkermords gedenkt.



Eine Kultur des Friedens fördern

Die Botschaft der Versöhnung auf ebenso behutsame wie wirksame Art in seine Heimat tragen wird Ea Meng-Try mit seiner Arbeit am Dokumentationszentrum in Phnom Penh, das den Genozid und die Zeit der Roten Khmer aufarbeitet. Der junge Kambodschaner nahm 2002 mit Hilfe eines vom EED finanzierten Stipendiums ein „Friedensstudium“ an der Universität von Coventry in Großbritannien auf. Er setzt sich dabei intensiv mit neuen theoretischen und praktischen Ansätzen für die Versöhnungsarbeit im eigenen Land auseinander.

In 253 Maya-Dörfern in Guatemala arbeitet ADEJUC, die Allianz für Gemeindeentwicklung und Jugendarbeit. Sie konzentriert sich dabei auf Gebiete, in denen die Menschen besonders unter dem Bürgerkrieg litten. Gerade in den früheren Konfliktregionen haben ehemalige Entscheidungsträger aus Militär und Bürgerwehr immer noch einflussreiche Funktionen inne. Dies erschwert zusätzlich die Beteiligung der Opfer von Gewalt und Unterdrückung am Versöhnungs- und Aufbauprozess, der ohnehin nur stockend in Gang kommt. Denn auch fünf Jahre nach dem Friedensschluss wartet die traditionell unterprivilegierte Bevölkerungs-



40 Jahre entwicklungs- politische Zusammen- arbeit zwischen Staat und Kirchen

„Es ist heute notwendiger denn je, dass die Entwicklungspolitik gleichberechtigter Bestandteil im Geflecht deutscher und europäischer auswärtiger Beziehungen wird – neben Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik“, erklärte Bundespräsident Johannes Rau während der Festveranstaltung von EED und Misereor „Gemeinsam für Gerechtigkeit und Frieden“ am 9. September 2002 in Bonn. Rau weiter: „Das Modell der Kooperation zwischen Staat und Kirchen hat sich bewährt“.



mehrheit noch immer auf die versprochene Landreform und die geplanten Verfassungsänderungen. In den Programmen von ADEJUC lernen rund 6.900 Bauernfamilien neue landwirtschaftliche Techniken, die nicht nur ihre Versorgungs- und Einkommenssituation verbessern helfen, sondern auch Böden und Umwelt schonen. Gleichzeitig werden die Menschen ermuntert, sich aktiv an Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Besonders geförderte Zielgruppen sind dabei Frauen und Kinder. Eine wichtige Rolle beim Aufbau demokratischer Strukturen spielt das Bürgerradio mit dem bezeichnenden Namen „Stimme des Volkes“.

Kooperation von Kirchen und Staat

Zur Finanzierung der Aufbau- und Entwicklungsarbeit nach (Bürger-)Kriegen kooperiert der EED auch mit den Institutionen und Organisationen der staatlichen deutschen Entwicklungshilfe. Die Zusammenarbeit zwischen Kirchen und Staat hat sich seit den 1960er-Jahren bewährt. Nicht ohne Grund hat die deutsche

Bundesregierung besonders die Kirchen zur aktiven Mitarbeit beim „Aktionsprogramm 2015“ eingeladen: Im Kampf für die weltweite Halbierung extremer Armut braucht die Regierung Partner, die über langjährige Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit an der Basis verfügen.

Politische Teilhabe fördern

Eine Kultur des Friedens fördern heißt auch, schon im Vorfeld sich anbahnender Konflikte mäßigend auf das Streit- und Gewaltpotenzial einzuwirken. Je stärker die politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ausgeprägt ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Gruppen gewaltsam ausgetragen werden. Wer die Möglichkeit hat, seine Rechte wahrzunehmen, sich Gehör zu verschaffen und sich auf

effektive Weise gegen Missstände zu organisieren, braucht keine Waffen, um für sein Anliegen zu kämpfen.

Basisarbeit dieser Art leistet eine vom EED unterstützte Frauenorganisation in Armenien, wo die wirtschaftliche Not die Gewaltbereitschaft drastisch erhöht hat. Die Frauen engagieren sich vor allem in der Friedenserziehung an Schulen, um konstruktive Wege der Konfliktlösung in der armenischen Gesellschaft zu verankern. 25 Kinder und Jugendliche erhielten 2002 eine Mediatoren-Ausbildung, um sich eigenständig um schulinterne Konflikte zu kümmern und damit positiv auf ihr Umfeld einzuwirken. Sie stehen auch in Kontakt zu gleichaltrigen Mitgliedern des Netzwerks „Frieden für die Stadt“, einer Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen im Rahmen der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“.

Netze des Friedens knüpfen

Der EED setzt auf Netzwerkarbeit. Ein Beispiel dafür ist das im Jahr 2002 initiierte EED-Sonderprogramm „Frieden in Südasien“. Finanziell gefördert durch den EED und koordiniert durch zwei Beraterinnen auf Zeit, analysieren Partner vor Ort – Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen – die Konfliktlage in Süd- und Mittelasien, untersuchen Möglichkeiten der Konfliktminderung und erarbeiten länderbezogene Ansätze für Konfliktlösungen.

Einem ähnlichen Konzept folgt ein vom EED unterstütztes Programm der Hilfsorganisation der Quäker in Südostasien. Ein räumlicher Schwerpunkt liegt in Indonesien, wo die Bevölkerung stark unter gewalttätigen lokalen Konflikten leidet. Das besondere Augenmerk gilt dabei der Stärkung der ländlichen Gemeinden und der Einübung von mehr Toleranz gegenüber religiösen und ethnischen Unterschieden. Denn gerade diese Unterschiede nutzen verschiedene Interessengruppen, um Aggressionen zu schüren.

Gezielt fördert der EED außerdem Partner, die explizit den interreligiösen Dialog pflegen. Dazu zählt PROCMURA, ein Programm, das die Beziehungen zwischen afrikanischen Christen und Muslimen verbessern will. So werden regelmäßige Zusammenkünfte von Frauengruppen und Gemeindevorstehern beider Religionen organisiert. In Diskussionsrunden über kontroverse Themen wächst das Wissen über die jeweils Anderen.

Der EED – eine lernende Organisation

Der EED prüft immer wieder, ob die konzeptionellen Grundlagen seiner Programmarbeit den Anforderungen entsprechen und entwickelt seine Umsetzungskonzepte weiter. Wichtigster Beitrag dafür ist der intensive und offene Dialog mit den Partnern vor Ort. Dabei werden auch Rückschläge und Misserfolge analysiert.

Ein Instrument zur Fortentwicklung der eigenen Programme ist die Arbeitsgruppe Friedensentwicklung (FriEnt). Mitglieder sind neben dem EED das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor, das Konsortium Ziviler Friedens-

dienst und die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Im August 2001 gegründet, bildet das Netzwerk eine Basis, um in Deutschland Wissen und Erfahrung über Krisenprävention und Konfliktbearbeitung auszutauschen und sich den offenen Fragen zu stellen. Wie kann die Eigendynamik von Gewaltökonomien durchbrochen werden? Welche Möglichkeiten hat Entwicklungszusammenarbeit, um Friedenspotentiale in Regionen mit religiös geprägten Konfliktlinien zu fördern? Dazu werden quer zu den Organisationen methodische und konzeptionelle Arbeitsansätze untersucht und kritisch reflektiert.

Gewalt überwinden

Es gibt keine Formel zur Schaffung von Frieden und Gerechtigkeit. Aber es gibt zahlreiche Ansatzpunkte, einer friedlichen und gerechten Welt näher zu kommen – und viele Menschen, die mit Leidenschaft für dieses Ziel arbeiten. Der EED ist Teil der ökumenischen Bewegung, die den Abbau sozialer und wirtschaftlicher Disparitäten als unabdingbar sieht für ihre weltweiten Friedensbemühungen. Der Entwicklungsdienst der evangelischen Kirchen in Deutschland leistet seinen Beitrag dazu.

Frieden und Gerechtigkeit suchen Schöpfung bewahren Voneinander lernen

Die Arbeit des EED wurzelt

- in dem Glauben, der die Welt als Gottes Schöpfung bezeugt,
- in der Liebe, die gerade in dem entrechteten und armen Nächsten ihrem Herrn begegnet,
- in der Hoffnung, die in der Erwartung einer gerechten Welt nach Gottes Willen handelt.

Integration des Ökumenischen Studienwerks in den EED

Am 6. März 2003 hat der EED-Aufsichtsrat den Eintritt des EED in das Ökumenische Studienwerk e. V. beschlossen und damit die Voraussetzungen für dessen Integration in den EED geschaffen. Das Ökumenische Stipendienprogramm führt seine Arbeit als Referat des EED fort und zieht dazu in der zweiten Jahreshälfte nach Bonn um. Zudem besteht das Ökumenische Studienwerk e. V. (ÖSW) als Tochter des EED fort. Es ist Träger des Studienkollegs für ausländische Studierende mit einem Campus in Bochum.

Der Evangelische Entwicklungsdienst e. V. (EED) ist ein Werk der evangelischen Kirchen Deutschlands. Er unterstützt mit finanziellen Beiträgen, personeller Beteiligung, Stipendien und fachlicher Beratung die Entwicklungsarbeit von Kirchen, christlichen Organisationen und privaten Trägern. In dieser weltweiten Partnerschaft beteiligt sich der EED am Aufbau einer gerechten Gesellschaft. Er wendet sich gegen Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht und Religionszugehörigkeit. Zugleich steht der EED damit Menschen bei, die in Not und Armut leben, deren Würde verletzt wird oder die von Kriegen oder anderen Katastrophen bedroht sind.

Er ergreift und fördert Maßnahmen, die in Kirche, Öffentlichkeit und Politik das Bewusstsein und die Bereitschaft wecken und stärken, sich für die Überwindung von Not, Armut, Verfolgung und Unfrieden in der Welt einzusetzen und die dazu beitragen können, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine menschliche Entwicklung verbessern.

Der EED wurde 1999 auf Initiative der EKD von den evangelischen Landes- und Freikirchen unter Einschluss der Altkatholiken, der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche und des Evangelischen Missionswerks in Deutschland gegründet. Ihm gehören insgesamt 28 Mitglieder an (siehe hintere Umschlaginnenseite).

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Personen.

Den Vorsitz des Aufsichtsrates führt Landesbischof i. R. Dr. Christian Krause. Aus seiner Mitte heraus hat der Aufsichtsrat einen Bewil-

igungsausschuss gebildet, dessen Vorsitz Präsident Ernst-Joachim Pagenstecher von der Evangelisch-reformierten Kirche inne hat.

Vorsitzender des Vorstands ist Dr. Konrad von Bonin. Weitere Vorstandmitglieder sind Dr. Hartmut Bauer, Monika Huber und Wilfried Steen. Der Sitz des Vereins ist Bonn.

Vorsitzender des Beirats Internationale Programme ist Pfarrer Bernhard Dinkelaker, Generalsekretär des Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland. Pfarrerin Dr. Ruth Gütter, KED-Beauftragte der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, ist Vorsitzende des Beirats Entwicklungspolitik / Inland.

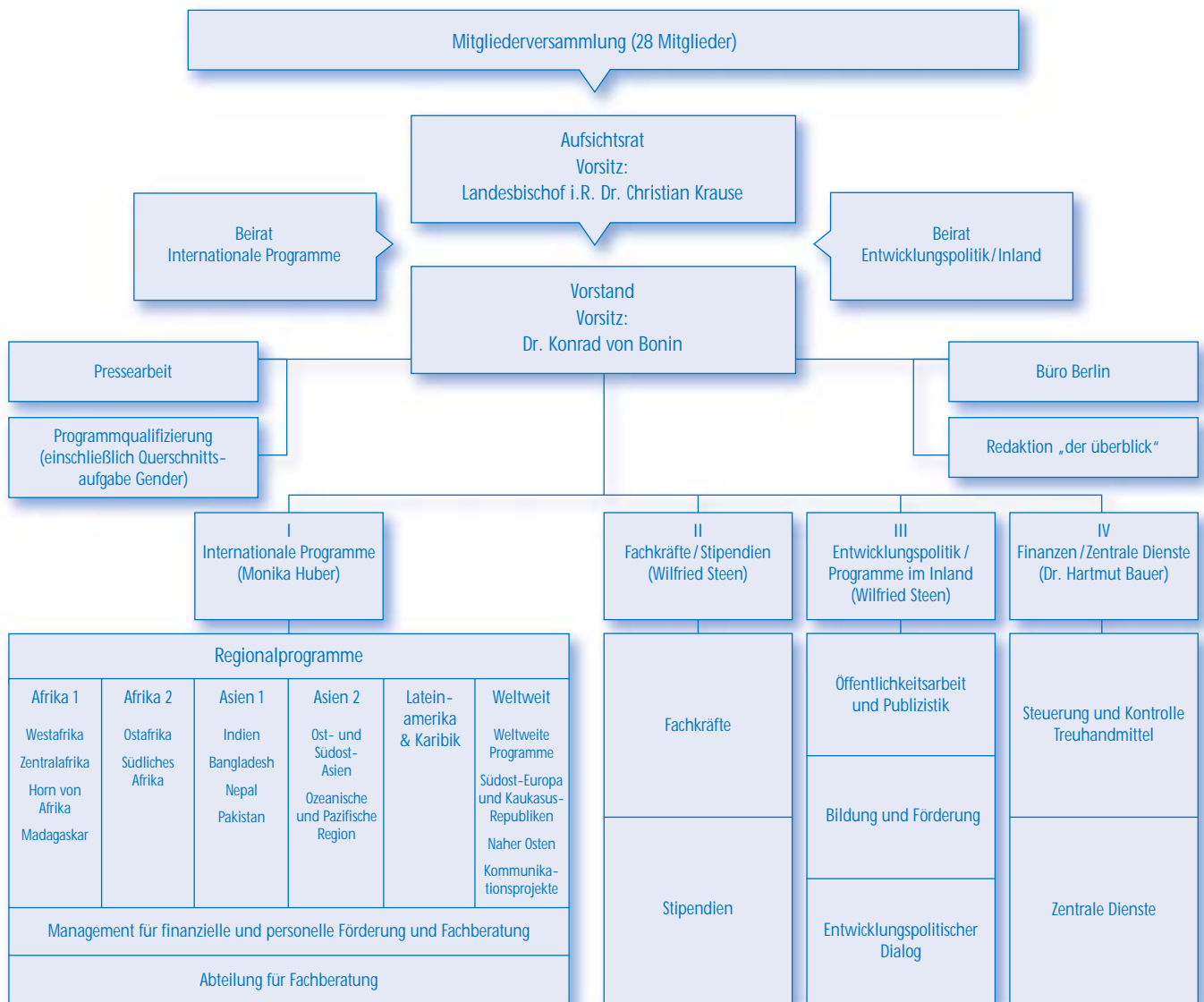
Der EED ist alleiniger Gesellschafter der Dienste in Übersee (DÜ) gGmbH, die die Voraussetzungen erfüllt, Verträge mit den vermittelten Fachkräften nach den Bedingungen des Entwicklungshelfergesetzes (EhFG) abzuschließen. Die Programme der DÜ gGmbH werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des EED bearbeitet.

Die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V. (EZE) ist Vertragspartnerin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die EZE-Mitgliederversammlung ist eng mit dem EED-Aufsichtsrat verknüpft. Die Bearbeitung der vom BMZ bereitgestellten Mittel geschieht durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EED.

Im gemeinsamen Auftrag des EED und von Brot für die Welt wird die Quartalszeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit „der überblick“ herausgegeben.

Zusammen mit der Deutschen Kommission Justitia et Pax bildet der EED die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), wozu er in Berlin ein Büro unterhält.

Der EED ist Mitglied des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und des Verbandes Protestantischer Entwicklungsorganisationen in Europa (APRODEV).



Aufsichtsrat

Dr. Christian Krause
Landesbischof i.R.
(Vorsitzender)

Barbara Bauer
Oberkirchenrätin
Evangelische Landeskirche in Baden
(1. stellvertretende Vorsitzende)

Klaus Winterhoff
Vizepräsident
Evangelische Kirche von Westfalen
(2. stellvertretender Vorsitzender)

Ernst-Joachim Pagenstecher
Präsident
Evangelisch-reformierte Kirche
(Vorsitzender des Bewilligungsausschusses)

Karin Aulike
Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers

Edeltraud Engel
Diakonisches Werk in Hamburg

Thomas Kemper
Missionssekretär
Vereinigung Evangelischer Freikirchen

Dr. Rolf Koppe
Bischof
Kirchenamt der EKD

Dorothea Margenfeld
Prälatin i.R.
Evangelische Landeskirche in Württemberg

Axel Noack
Bischof
Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Dr. Stephan Reimers
Prälat
Bevollmächtigter des Rates der EKD

Prof. Dr. Peter Steinacker
Kirchenpräsident
Evangelische Kirche in Hessen und Nassau

Frieder Theysohn
Landespfarrer
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche der Pfalz

Karl Wengenroth D.D.
Propst em.
Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche

Dr. Joachim Wietzke
Missionsdirektor
Evangelisches Missionswerk

Europäische Hilfswerke vernetzen sich

Die Europäische Union ist der weltweit größte Geber von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit. Ihre Politik beeinflusst Staaten und Wirtschaften. Bei der Formulierung und Durchführung einer kohärenten europäischen (Entwicklungs-)Politik fällt der Beteiligung der Zivilgesellschaft ein wachsendes Gewicht zu. Dadurch ergeben sich neue Aufgaben und Herausforderungen für Kirchen und Nichtregierungsorganisationen auf europäischer Ebene.



„Die Überzeugung wächst, dass beispielsweise der Zugang von Entwicklungsländern zu den internationalen Märkten effektiver zur Bekämpfung von Armut beiträgt als die Verteilung von Entwicklungshilfegeldern.“

Dr. Rob van Drimmelen,
APRODEV-Generalsekretär

Der Verband Protestantischer Entwicklungsorganisationen in Europa (Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe – APRODEV) wurde am 30. März 1990 zur Interessenvertretung und Koordinierung der Entwicklungs- und Nothilfe-Einrichtungen der europäischen evangelischen Kirchen gegründet. Mitglieder sind 17 protestantische Werke aus 13 Ländern. Dazu gehören unter anderem ICCO, Niederlande, Christian Aid, Großbritannien/Irland, Brot für alle, Schweiz, und das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS), aber auch das Hilfswerk der protestantischen und orthodoxen Kirchen des EU-Beitrittslands Ungarn. Mitglieder aus Deutschland sind Brot für die Welt und der EED. Der Ökumenische Rat der Kirchen und der Lutherische Weltbund haben einen permanenten Beobachterstatus. Die laufenden Aufgaben von APRODEV sind:

- entwicklungspolitische Lobby- und Advocacy-Arbeit auf europäischer Ebene,
- Dienstleistungen für die Mitglieder,
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern,
- Förderung der Genderorientierung der Entwicklungsarbeit.

Im Jahr 2002 wurde der von APRODEV organisierte ökumenische Konsultationsprozess „Christentum, Armut und Reichtum im 21. Jahrhundert“ abgeschlossen. Der deutsche Beitrag erschien in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Werkstatt Ökonomie.

Aktuell befasst sich APRODEV unter anderem mit der Einflussnahme auf die EU-Institutionen zur friedlichen Beilegung des Nahostkonflikts und mit der Fortbildung von kirchennahen Nichtregierungsorganisationen in Mittel- und Osteuropa. Ein gemeinsames Advocacy-Projekt der APRODEV-Mitgliedsorganisationen betrifft den Themenbereich „Handel und Ernährungssicherheit“: Ziel ist es, den Entwicklungsländern Zugang zu den europäischen Agrarmärkten zu verschaffen. Dazu unterzieht das Projekt die EU-Agrarpolitik einer kritischen Bewertung und beobachtet die Verhandlungen zur Vorbereitung der Tagung der Agrarminister im Rahmen der Welthandelsorganisation im September 2003 in Cancún beobachtet.

APRODEV hat sein Büro in Brüssel und kooperiert eng mit dem europäischen Netzwerk der katholischen Hilfswerke. Beide sind Mitglieder des europäischen NRO-Verbandes CONCORD.

Brot für die Welt

Brot für die Welt ist eine Aktion der evangelischen Landes- und Freikirchen und wurde 1959 in Berlin begründet. Die Geschäftsführung wird vom Diakonischen Werk der EKD in Stuttgart wahrgenommen. Direktorin von Brot für die Welt ist Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel.



Den Armen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen ist das Ziel der Aktion. Als Hilfswerk leistet Brot für die Welt durch die Finanzierung von Entwicklungsprojekten einen Beitrag zur Überwindung von Hunger, Armut und sozialer Not in fast allen Entwicklungsländern. Die Bevölkerung wird in ihrer Fähigkeit zur Selbsthilfe bestärkt. Langjährige Erfahrung führte zu der entwicklungspolitischen Erkenntnis, dass zwischen dem Reichtum der Industrieländer und der Armut der Menschen im Süden ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Brot für die Welt zeichnet sich durch seine Gemeindenähe aus. Bei der 43. Aktion zum Thema „Auf eigenen Füßen“ (Mai 2001 bis April 2002) wurden 60,8 Mio. Euro gespendet. Neben den Spendenmitteln werden von Brot für die Welt und den anderen Einrichtungen der Ökumenischen Diakonie auch Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes in Anspruch genommen.

Verstärkt bezieht Brot für die Welt seine Partnerorganisationen in Afrika, Asien und Lateinamerika in die Projektarbeit mit ein. So wird immer mehr Entscheidungskompetenz an die Partner übertragen und sichergestellt, dass Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Hilfe wird so geleistet, wie die Menschen vor Ort sie benötigen. In Deutschland macht Brot für die Welt auf die Nöte und Bedürfnisse der Menschen im Süden unserer Welt aufmerksam. Dazu gehören die Kampagne gegen Kinderprostitution und die Aktion „Mahlzeit“ für nachhaltige Landwirtschaft weltweit. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist derzeit das Thema „Wasser“, dem Brot für die Welt eine eigene Kampagne widmet.

Brot für die Welt und der EED sind durch eine Kooperationsvereinbarung verbunden. Diese Vereinbarung enthält eine Auflistung der gemeinsamen Ziele und Regelungen zur internationalen Förderpolitik, zur Zusammenarbeit bei Projektbewilligungen, zur Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, zur finanziellen Zusammenarbeit und zur Annäherung der Organisationsabläufe.

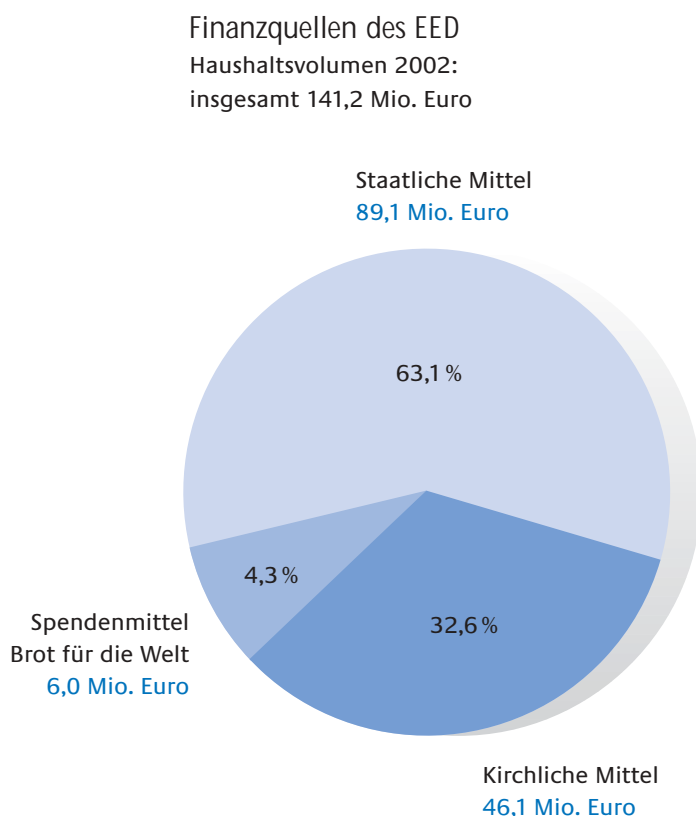
Brot für die Welt dokumentiert seine Arbeit in einem Jahresbericht, auf den für weitergehende Information verwiesen wird.

Brot für die Welt
 Staffenbergstraße 76
 70184 Stuttgart
 Telefon: (0711) 21 59-0
 Telefax: (0711) 21 59-368
bfdwinformation@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Statistik

Woher die Mittel kamen

Mit seinem Arbeitsbericht legt der Evangelische Entwicklungsdienst Rechenschaft über die Mittelverwendung im Jahr 2002 ab. Sein Haushaltsvolumen betrug in diesem Jahr 141,2 Mio. Euro. Dies bedeutet gegenüber 2001 einen Zuwachs um 10,7 Mio. Euro beziehungsweise um 8,2 Prozent.



Die Gliedkirchen der EKD und die Evangelische Militärseelsorge haben für 2002 aus Kirchensteuermitteln 47,7 Mio. Euro in den Fonds für Kirchlichen Entwicklungsdienst eingezahlt. Davon wurden dem EED im Berichtsjahr 46,1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Der Staat stellte dem EED im Jahr 2002 über die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) 86,1 Mio. Euro aus dem Kirchentitel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Verfügung. Zusätzlich erhielt der EED von der Europäischen Union 1,6 Mio. Euro und vom BMZ 1,4 Mio. Euro für das Programm Ziviler Friedensdienst (ZFD). Damit standen dem EED staatliche Mittel in Höhe von insgesamt 89,1 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Aktion Brot für die Welt (BfdW) wirbt in Gemeinden, Kirchen und Öffentlichkeit um Spenden. Von Brot für die Welt erhielt der EED im Jahr 2002 Mittel in Höhe von 6,0 Mio. Euro. Diese Mittel werden für Personalvermittlung des EED sowie für das Programm Berater/innen auf Zeit verwendet.

Einzahlungen der Gliedkirchen der EKD in den KED-Fonds für 2002	
<i>Gliedkirche</i>	<i>in 1.000 Euro</i>
Anhalt	1
Baden	4.381
Bayern	1.857
Berlin-Brandenburg	204
Braunschweig	1.310
Bremen	360
Hannover	5.355
Hessen und Nassau	4.924
Kurhessen-Waldeck	1.497
Lippe	502
Mecklenburg	25
Nordelbien	5.182
Oldenburg	358
Pfalz	1.830
Pommern	5
Reformierte Kirche	146
Rheinland	6.548
Kirchenprovinz Sachsen	196
Sachsen, Landeskirche	130
Schaumburg-Lippe	10
Schlesische Oberlausitz	4
Thüringen	7
Westfalen	5.880
Württemberg	6.482
Sonderhaushalt Evangelische Militärseelsorge	511
Gesamt	47.705

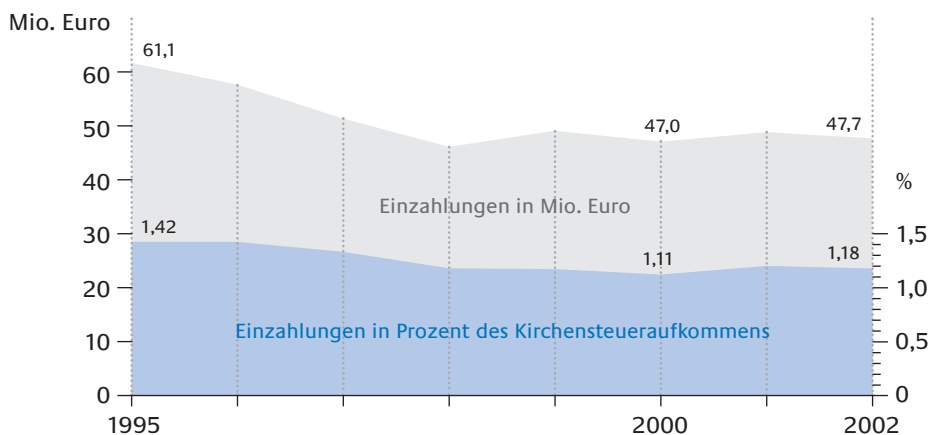
**Entwicklungsdienst:
Gemeinschaftsaufgabe der Kirchen**

Die Aufwendungen der Gliedkirchen der EKD für den Kirchlichen Entwicklungsdienst sind beachtlich. Für das Kalenderjahr 2002 wurden von den Gliedkirchen und der Evangelischen Militärseelsorge insgesamt 47.704.684,77 Euro für den KED-Fonds zur Verfügung gestellt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um 983.581,23 Euro beziehungsweise um 2,0 Prozent.

Der Anteil der KED-Aufwendungen am Kirchensteueraufkommen lag 2002 bei 1,18 Prozent und ist damit etwas zurückgegangen. Im Vorjahr betrug der Anteil 1,20 Prozent. Dies entspricht einem Rückgang um 0,02 Prozentpunkte.

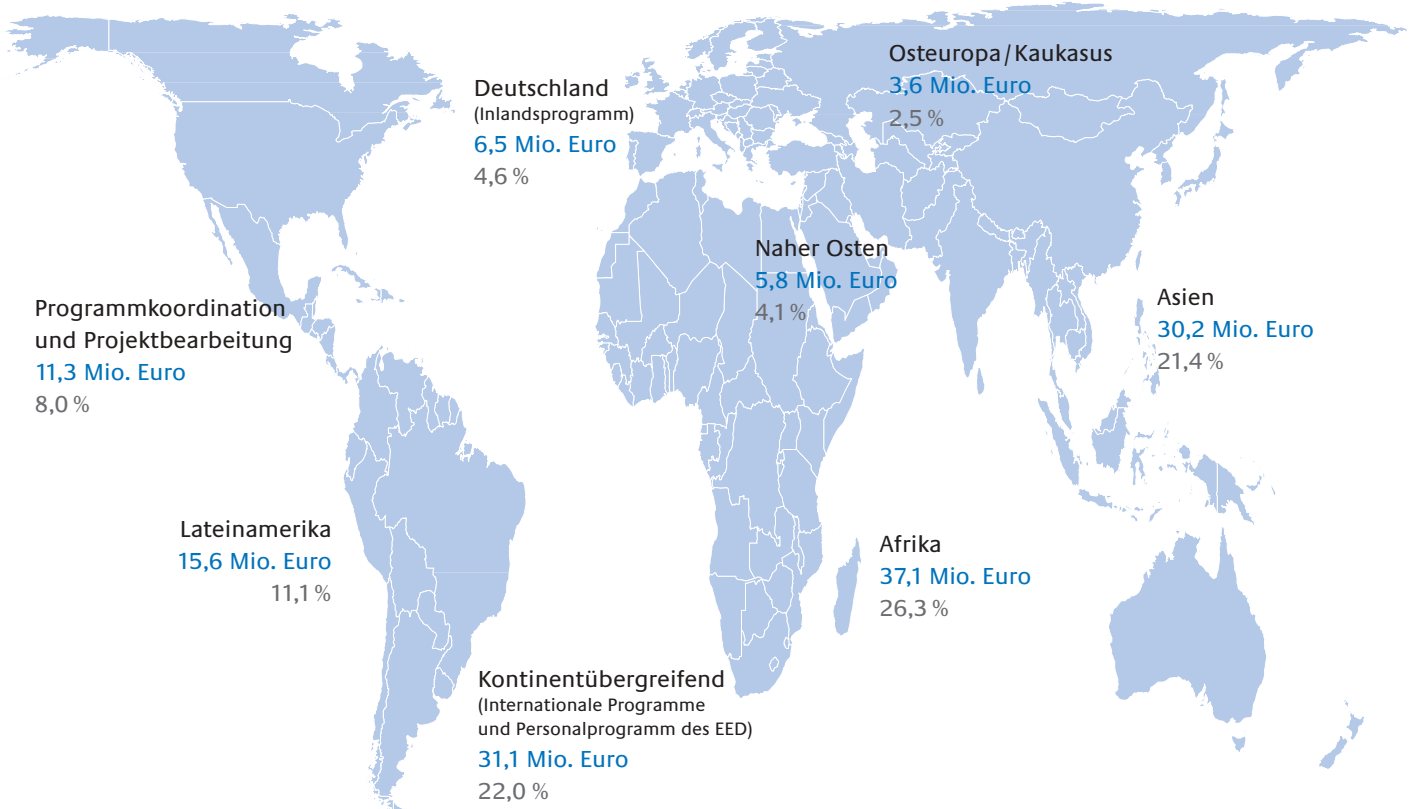
Die KED-Zuwendungen an den EED unterliegen der Beschlussfassung der EKD-Synode und sind im EKD-Haushalt ausgewiesen.

Einzahlungen der Gliedkirchen der EKD in den KED-Fonds 1995-2002

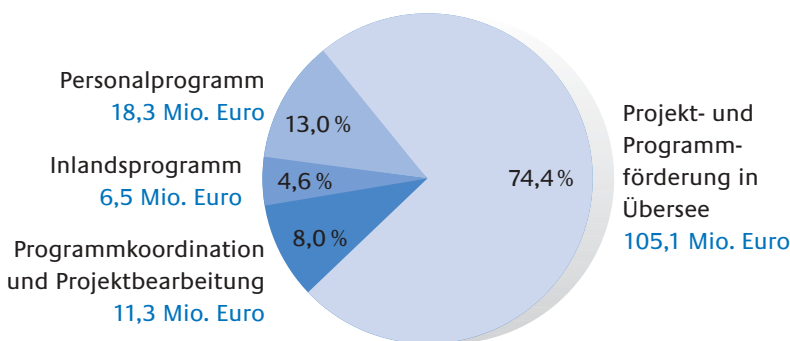


Wohin die Mittel flossen

Förderung nach Regionen 2002
Haushaltsvolumen 141,2 Mio Euro



EED-Haushalt nach Hauptaufgaben 2002
insgesamt 141,2 Mio. Euro



Funktionale Verteilung

Im Jahr 2002 wurden für die Projekt- und Programmförderung in Übersee 74,4 Prozent und für die Personalprogramme und Stipendien 13,0 Prozent der Haushaltsmittel bereit gestellt. Für die entwicklungsbezogene Förderung in Deutschland und die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit des EED wurden 4,6 Prozent und für die Programmkoordination und Projektbearbeitung 8,0 Prozent verwendet.

Internationale Projekt- und Programmförderung 2002				
<i>Förderung (Sektor)</i>	<i>Anzahl der Projekte</i>	<i>Mio. Euro</i>	<i>Prozent</i>	
Verbundprojekte (verschiedene Sektoren)	106	40,0	38,1	
Bildung, Ausbildung	80	15,1	14,4	
Trägerstrukturen und Beratungsdienst	65	20,0	19,0	
Menschenrechtsarbeit/Rechtsberatung	41	6,6	6,3	
Gesundheit	31	9,7	9,2	
Kommunikation, Medien	30	2,8	2,7	
Wirtschaftlichsförderung (einschließlich Landwirtschaft)	19	6,0	5,7	
Wiederaufbau, Infrastruktur und Sozial-einrichtungen	12	3,3	3,2	
Umwelt (Schutz und Rehabilitation)	5	1,5	1,4	
Gesamt	389	105,1	100,0	

Personalprogramm 2002		
<i>Förderung</i>	<i>laufende Verträge am 31. 12. 2002</i>	<i>Vertragsabschlüsse 2002</i>
Fachkräfte; Entwicklungshelfer/innen	103	50
Reintegrationsvermittlungen	24	13
Berater/innen auf Zeit	3	0
Amtshilfe für Missionswerke	104	108
Wahl- und Menschenrechtsbeobachtungen	8	12
Katastrophenhilfe	6	11
Übersee	244	194
Verträge für Rückkehrer/innen	7	5
Ökumenische Dienste in Deutschland	11	4
Berater/innen auf Zeit	22	19
Inland	40	28
Personalförderung	12	32
Gesamt	296	254

Stipendien 2002			
<i>Förderung</i>	<i>am 31.12.2002 im Programm</i>	<i>in 2002 begonnen</i>	<i>in 2002 beendet</i>
Studienförderungen durch das Ökumenische Studienwerk (ÖSW)	101	27	36

Internationales Programm

Im Jahr 2002 wurden vom EED 389 internationale Projekte und Programme mit einem Fördervolumen von 105,1 Mio. Euro bewilligt. Der EED finanziert Entwicklungsvorhaben von Partnerorganisationen in Entwicklungsländern und führt selbst keine eigenen Projekte in Übersee durch. In der Regel werden die Zuschüsse für einen Zeitraum von drei Jahren gewährt. Mit 40,0 Mio. Euro nehmen die 106 Verbundprojekte den Hauptteil der internationalen Förderung ein. Diese sektorübergreifenden Programme begegnen den Problemen von Menschen in Armut und ermöglichen nachhaltige Entwicklungen.

Personalprogramm

Die Vermittlung deutscher Fachleute und die Förderung von Nachwuchskräften aus den Ländern der Dritten Welt ermöglicht einen direkten Erfahrungstransfer zwischen dem Norden und dem Süden. Für Personalprogramme und Stipendien wurden 2002 vom EED 18,3 Mio. Euro aufgewandt. Dies entspricht einem Anteil von 13,0 Prozent des Haushaltsvolumens.

Der EED vermittelt Fachkräfte an überseeische Partnerorganisationen. Die Verträge werden von der Dienste in Übersee gGmbH als Träger des Entwicklungsdienstes im Sinne des Entwicklungshelfergesetzes (EhfG) abgeschlossen. Der EED bietet den Missionswerken die Möglichkeit, die von ihnen mit Entwicklungsaufgaben entsandten Mitarbeiter/innen kofinanzieren und über die DÜ gGmbH nach dem Entwicklungshelfergesetz abzusichern. Unter Personalförderung werden Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung von einheimischen Fachkräften geführt.

Durch die EED-Mittel für Stipendien wird die Aus- und Fortbildung einheimischer Fachkräfte überwiegend kirchlicher Partner in Entwicklungsländern gefördert. Dabei kooperiert der EED mit dem Stipendienreferat des Diakonischen Werkes der EKD.

Inlandsprogramm 2002		
Förderung	Mio. Euro	Prozent
Inlandsförderung		
Projektstellen	0,3	4,6
Studien- und Journalistenreisen	0,3	4,6
Seminare	0,5	7,7
Medienförderung	0,6	9,2
Aktionen, Kampagnen	0,2	3,1
Organisationsförderung / Jahresprogramme	1,3	20,0
epd-Entwicklungspolitik	0,4	6,1
Personalförderung Inland und Ökumenische Dienste in Deutschland	1,0	15,4
Sonstige Förderungen (INKOTA, ÖKT etc.)	0,2	3,1
Projekt-Bewilligungen gesamt	4,8	73,8
EED-eigene Programme für Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und entwicklungspolitischen Dialog	1,7	26,2
Gesamt	6,5	100,0

Inlandsprogramm

Vom EED wurden 2002 Inlandsaktivitäten mit 6,5 Mio. Euro finanziert. Dies sind 4,6 Prozent des Haushalt.

2002 sind 699 Förderungsanträge für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik eingereicht worden. Gefördert wurden 511 Projekte inländischer Träger (Vorjahr 534).

Die vom EED geförderten Filme zu Nord-Süd-Themen werden vom Evangelischen Zentrum für entwicklungsbezogene Filmarbeit (EZEf) herausgegeben und stehen über die Evangelischen Medienzentralen für die Bildungsarbeit in Schulen und Gemeinden zur Verfügung.

Mit dem Programm Ökumenische Dienste in Deutschland werden Fachkräfte aus überseeischen Kirchen in deutsche Einrichtungen vermittelt.

Für eigene Programme der Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und des entwicklungspolitischen Dialogs wandte der EED 1,7 Mio. Euro auf.

Programmkoordination und Projektbearbeitung

Der EED wandte im Jahr 2002 für die Programmkoordination und Projektbearbeitung 11,3 Mio. Euro auf. Daraus werden überwiegend unbefristete Personalstellen finanziert, die für die Beratung der Partnerorganisationen, für die Programmqualifizierung und Projektdurchführung und zum kleineren Teil für die Verwaltung im engeren Sinne geschaffen worden sind. Der Anteil dieser Kosten am EED-Haushalt beträgt 8,0 Prozent.

Mitglieder des Evangelischen Entwicklungsdienstes

Evangelische Landeskirche Anhalts
Friedrichstraße 22-24
06844 Dessau

Evangelische Landeskirche in Baden
Blumenstraße 1-7
76133 Karlsruhe

Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern
Meiserstraße 11/13
80333 München

Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
Georgenkirchstraße 69/70
10249 Berlin

Evangelisch-lutherische Landeskirche in
Braunschweig
Dietrich-Bonhoeffer-Straße 1
38300 Wolfenbüttel

Bremische Evangelische Kirche
Franziuseck 2-4
28199 Bremen

Evangelisch-lutherische Landeskirche
Hannovers
Rote Reihe 6
30169 Hannover

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
Paulusplatz 1
64285 Darmstadt

Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck
Wilhelmshöher Allee 330
34131 Kassel

Lippische Landeskirche
Leopoldstraße 27
32756 Detmold

Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche
Dänische Straße 21-35
24103 Kiel

Evangelisch-Lutherische Kirche
in Oldenburg
Philosophenweg 1
26121 Oldenburg

Evangelische Kirche der Pfalz
Domplatz 5
67346 Speyer

Pommersche Evangelische Kirche
Bahnhofstraße 35/36
17489 Greifswald

Evangelisch-reformierte Kirche
Saarstraße 6
26789 Leer

Evangelische Kirche im Rheinland
Hans-Böckler-Straße 7
40476 Düsseldorf

Evangelische Kirche der Kirchenprovinz
Sachsen
Am Dom 2
39104 Magdeburg

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens
Lukasstraße 6
01069 Dresden

Evangelisch-Lutherische Landeskirche
Schaumburg-Lippe
Herderstraße 27
31675 Bückeburg

Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz
Schlaurother Straße 11
02827 Görlitz

Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen
Dr.-Moritz-Mitzenheim-Straße 2a
99817 Eisenach

Evangelische Kirche von Westfalen
Altstädter Kirchplatz 5
33602 Bielefeld

Evangelische Landeskirche in Württemberg
Gänsheidestraße 4
70184 Stuttgart

Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in
Deutschland
Gregor-Mendel-Straße 28
53115 Bonn

Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche
Schopenhauerstraße 7
30625 Hannover

Vereinigung Evangelischer Freikirchen
Wilhelm-Leuschner-Straße 8
60329 Frankfurt / Main

Evangelisches Missionswerk in Deutschland e.V.
Normannenweg 17-21
20537 Hamburg

Evangelische Kirche in Deutschland
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover

Arbeitsbericht

2002/2003

Frieden wächst von innen.
Frieden und zivile Konfliktbearbeitung

Bei der konstruktiven und zukunftsgerichteten Lösung von Konflikten muss Gewalt vermieden werden. Der EED und seine Partner leisten ihren Beitrag dazu.

Evangelischer Entwicklungsdienst
Ulrich-von-Hassell-Straße 76
53123 Bonn
Telefon: (02 28) 81 01-0
Telefax: (02 28) 81 01-160
eed@eed.de